

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 50 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsdirektor 2,15 M., in Württemberg 2,20 M. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Werbungszeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 15

Samstag, den 18. Januar 1919

36. Jahrgang.

An die Saunfeligen!

Die. In der Bürgerchaft hört man vielfach die Meinung, es sei zwecklos, am nächsten Sonntag noch einmal zu wählen, die Sozialdemokratie habe ja doch die Mehrheit. Dem ist nicht so. Sie ist zwar die stärkste Partei, aber sie hat noch lange nicht die absolute Mehrheit, kann also ihre radikalen Forderungen nicht durchsetzen. Sie ist auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, vor allem der Deutschen demokratischen Partei. Je stärker aber diese ist, umso weniger wird die Sozialdemokratie nach eigenem Willen handeln können. Nur dadurch, daß Nichtsozialisten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, wird eine sozialistische Mehrheit erst in das Reich der Möglichkeit kommen. Nicht wählen ist eine Versündigung gegen das Volk, sich selbst und seine Kinder. Die Wahl am 19. Januar ist ungleich wichtiger als die vom 12. Januar. Die Wahl zur Nationalversammlung entscheidet auf Jahrhunderte über die Zukunft des Reichs, über die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Die Nationalversammlung muß uns Frieden, Brot und Ordnung bringen. Das ist aber nicht möglich im Klassenstaat der Sozialdemokratie. Dazu brauchen wir Verschönerung der Klassenverhältnisse, wie sie die Deutsche demokratische Partei verteidigt. Wer durch Nichtwählen die Sozialdemokratie stärkt, verweigert die Mitwirkung der letzten zwei Monate und hilft mit zum völligen Untergang des Reichs. Das Wahlrecht gibt jedem Bürger das Recht der Mitbestimmung am Geschick des eigenen Volkes, es ist das höchste Recht des freien Bürgers im neuen Volksstaat. Besonders den Frauen ist ans Herz zu legen, daß sie sich des neuen Geschenk, das ihnen die Revolution gebracht, ebenso würdig zeigen wie am 12. Januar, dadurch, daß sie alle ohne Unterschied auch am 19. Januar wieder zur Wahl gehen. Auch kein Mann wird sich von einer Frau darin übertrumpfen lassen. Bürger und Bürgerinnen! Die Sozialdemokraten gehen geschlossen zur Wahl, geht hin und tut desgleichen.

Demokratie und Bürgertum.

Carl Rindermann, Hohenheim.

Die. Liebe Männer und Frauen! Hört vor der letzten Entscheidung noch einen Volkserzieher, der vichtigemäß in einer Partei und zugleich über ihnen steht. — Drei Gruppen von Grundbedingungen sind unabänderlich für das ganze deutsche Volk gegeben. Im Uebertritt vom Bürgerstaat in den Volksstaat vollzieht sich ein riesiger Wachstumsvorgang, wie 1848 einst bei der Bildung aus dem abligen Staat in den bürgerlichen. Neue Millionen von Männern und Frauen in Stadt und Land wollen hineinwachsen in das fast zweitausendjährige deutsche Volk. Damit zugleich vollzieht sich ein Uebergang vom Ueberwiegen des Obrigkeitstaates zu größerer Selbstverwaltung und freierer Stellung aller Stände und des einzelnen. Jeder Mann, jede Frau muß jetzt mehr Allgemeinbildung haben und Anteil nehmen am Ganzen. Endlich stehen wir vor einer starken sittlichen und wirtschaftlichen Schwächung durch den Weltkrieg und Umsturz. Die Wiebergeburt des deutschen Volkes kann danach, wie nach den Freiheitskriegen, nur durch eine sorgfältige, stetige, freizeitliche Umbildung sich vollziehen.

Alle Parteien haben bei dieser Arbeit ihre Bedeutung; nach ihren Fähigkeiten ordnen sie sich einander über und unter. Die konservative Partei, jetzt bürgerliche genannt, ist ein Hemmnis der Neugestaltung, und trägt vor allem als früher führende Partei die Verantwortung für die einseitige Macht- und Gewaltpolitik Deutschlands, den Militarismus, den Zusammenstoß im Weltkrieg, die Verschärfung der Klassenverhältnisse und den daraus folgenden Umsturz. Sie ist nicht blundnisfähig jetzt für freizeitliche Männer und Frauen. Der Zentrum treibt in den Volksstaat den furchtbaren Keil des konfessionellen Unfriedens und vermag nicht unabhängige Menschen zu entwickeln, die ganz auf ihr Gewissen gestellt sind und die Selbstlenkung üben, was im Volksstaat die Voraussetzung ist. Die sozialistische Partei stellt als Klassenpartei des Proletariats die wirtschaftlichen Fragen, wie Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Löhne, über die geistigen und sittlichen. Nach ihrem Erfurter Programm, welches sie selbst jetzt hart abbaut, aber doch anrecht erhält,

treibt sie nach Aufhebung des Privateigentums zu Wunsten allgemeiner Sozialisierung und nach einseitiger Gleichmacherei aller Menschen von Stadt und Land, aller Völker. Sie bietet die Gefahr der Ueberbügung der Entwicklung. Die Deutsche demokratische Partei will allen Ständen in Stadt und Land gleichermaßen in ihrer Eigenart gerecht werden und hat zusammen mit dem deutschen Bauernbund ein großes Agrarprogramm entworfen, welches den Schutz des ländlichen Privateigentums und die Förderung des ländlichen Erziehungs- und Genossenschaftswesens besonders vorsieht. Sie hat Pflege für die schöpferischen und einfachen Kräfte im Volksleben, die Mittelstände und Arbeiter. Sie will eine maßvolle Sozialisierung der Industrie unter Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland. Sie will Staat und Kirche sondern, aber die Würde der Religion in öffentlich rechtlicher Organisation und Anteil an der Volkserziehung wahren. Sie will Völkerverständigung, zugleich aber starke Wahrung der deutschen Eigenart. Unter ihrer Führung haben wir die stetigste Entwicklung und finden wir am schnellsten das Vertrauen Amerikas und seine Bundesgenossenschaft. Einem imperialistischen und sozialistischen Deutschland würde es seine uns so notwendige Hilfe auf dem Friedenskongress verjagen.

Männer und Frauen seid Deutsche. Versplittert eure Kräfte nicht in landwirtschaftlichen Sonderorganisationen. Das Ganze steht über jedem Stand und einer Partei. Prüft gewissenhaft die Bedürfnisse des gesamten deutschen Volkes und die Fähigkeiten der Parteien dafür. Es geht um das Leben oder Sterben der deutschen demokratischen Republik, des gesamten deutschen Volkes!

Liebknechts Ende.

Berlin, 17. Jan. Ueber den Tod Liebknecht, und Rosa Luxemburgs wird gemeldet: Liebknecht war am Mittwoch abend in Wilmersdorf bei einer befreundeten Familie verhaftet worden. Da der Verhaftete leugnete, Liebknecht zu sein, wurde er nach dem Edenhotel zu einer dort sitzenden Wache gebracht. Auch dort gelang die Feststellung nicht in vollem Umfang. Aus diesem Grund sollte er in einem Auto zum Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Dieses Auto erlitt im Tiergarten einen Schaden. Es herrschte bereits vollständige Dunkelheit, und die Soldaten fragten Liebknecht, ob er warten wolle, bis das Auto wieder in Ordnung sei, oder ob er zu Fuß gehen wolle. Er entschied sich für das Gehen. Auf diesem Wege machte Liebknecht mitten im Tiergarten einen Mordversuch. Die ihn begleitenden Wachmannschaften forderten ihn dreimal zum Stehen auf und schossen dann in das Dunkel hinein. Eine dieser Kugeln hat Liebknecht tödlich getroffen.

Während Liebknecht abtransportiert wurde, wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach dieser Vernehmung sollte sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Eine Menschenmenge, die sich vor dem Hause angesammelt hatte, stürzte sich auf sie und schlug sie nieder. Bewußtlos wurde Frau Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, um Bewußtlose fortzubringen, sprang ein Mann auf das Trittbrett und gab dabei einen Schuß auf die Bewußtlose ab. Als der Wagen sich dem Tiergarten näherte, stürzte sich die Menge auf das Auto, riß Frau Luxemburg aus dem Auto heraus und verschwand in der Dunkelheit. Es ist noch nicht festgestellt, ob Rosa Luxemburg befreit bzw. auf die Seite geschafft werden sollte oder ob die Leiche in den nahen Landwehrkanal geworfen worden ist. Bis jetzt ist die Leiche noch nicht gefunden. (Rosa Luxemburg war eine russische Jüdin, die wegen nihilistischer Umtriebe in früheren Jahren von der russischen Polizei verfolgt wurde. Sie floh nach Deutschland und heiratete, um nicht ausgewiesen zu werden, einen Arbeiter namens Liebeck, von dem sie sich aber gleich nach der Ziviltrauung wieder trennte, auch den Namen Liebeck legte sie alsbald ab. In der sozialistischen Bewegung Deutschlands vertrat sie mit Liebknecht, Anita Augspurg, Clara Zetkin u. a. den äußersten linken Flügel.)

Gestern mittag fand eine gemeinsame Besprechung des Rats der Volksbeauftragten und des Zentralrats betreffs der durch den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs geschaffenen Lage statt. Die Vorgänge wurden schärfstens verurteilt und Untersuchung sowie strenge Verurteilung der etwaigen Schuldigen gebietet.

Berlin, 16. Jan. Die Gardekavalleriebrigade teilt mit: Zur Feststellung, ob die Führer der Begleitmannschaft von Dr. Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre dienstliche Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaften der Frau Luxemburg befehlende Offizier ist vom D. ist suspendiert, bis klargestellt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg nicht das Publikum von der Waffe Gebrauch gemacht hat.

Die „Post“ schreibt: Liebknecht und Rosa Luxemburg haben auf das denkbar schwerste gesündigt. Ueber ihre Bestrafung hätte nur ein ordnungsmäßiges Gericht entscheiden dürfen.

Die „Berliner Morgenpost“ schreibt: Die Behandlung, die Liebknecht widerfahren ist, mag verdammenwert sein und erst recht ist das Vorgehen der erregten Menge gegen Rosa Luxemburg auf das schärfste zu mißbilligen. Aber die einfachste Gerechtigkeit gebietet auch hervorzuheben, daß beide eine ungeheure Brutschuld auf sich geladen hatten. Scheidemanns erste Regierungshandlung im Kabinett des Prinzen Max war, daß er die Befreiung der Beiden durchsetzte. Sie haben ihm das schlecht vergolten. Ein so tolles Benehmen, wie sie von der Stunde ihrer Entlassung ab bis in die letzte Woche hinein gezeigt haben, kann sich keine Regierungsgewalt bieten lassen.

Neues vom Tage.

Der Waffenstillstand.

Berlin, 16. Jan. Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist von Staatssekretär Erzberger unterzeichnet worden.

Trier, 17. Jan. Staatssekretär Erzberger berichtet: Als die von Erzberger überreichte Protestnote gegen willkürliche Verletzungen der Abmachungen durch die Verbandsbeauftragten verlesen und abschnittsweise vom Dolmetscher übersetzt wurde, hörte Marschall Foch gespannt zu. Schließlich sagte er, er sei ganz überrascht, daß von ihm (Foch) gegebene Zusagen nicht gehalten worden sein sollten. Er verlange ganz genaue Angaben. Erzberger erwiderte, er habe durch General Winterfeldt dem französischen Bevollmächtigten in Spa, General Dubant, täglich eine Menge von einzelnen Beschwerden, so über die Regelung des deutschen Eisenbahnpersonals, zwecks Weitergabe an Foch zustellen lassen; wenn Foch davon keine Kenntnis erhalten habe, so seien die Angaben eben nicht weitergegeben worden. Foch verlangte weitere Einzelheiten, worauf Erzberger versprach, soweit es in Trier möglich sei, sofort Material zusammenstellen und nachmittags dem franz. General Wegand überreichen zu lassen.

Erleichterungen.

Berlin, 17. Jan. Der „Vorwärts“ berichtet, die feindlichen Generale der Waffenstillstandskommission haben sich veranlaßt gesehen, in der Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen Erleichterungen zuzugestehen. — Man wird gespannt darauf sein dürfen, in was die Erleichterungen bestehen.

Aufteilung Preußens.

Berlin, 17. Jan. Der Verfassungsentwurf des Reichs soll, wie gemeldet wird, die Auflösung des Königreichs Preußen in 7 oder 8 Einzelstaaten vorsehen. Die deutschen Kleinstaaten sollen ganz verschwinden, so daß das deutsche Reich künftig aus etwa 17 Freistaaten (bisher 26) bestehen würde.

Wahlrede Scheidemanns.

W. B. Kassel, 17. Jan. Gestern sprach der Volksbeauftragte Scheidemann in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Kassel. Ueber den Tod Liebknechts und der Rosa Luxemburg sagte er, der bellagenswerte Vorfall müsse aufgeklärt werden und wenn sich irgendwo eine Schuld ergebe, werde strenge Strafe folgen. Er (Scheidemann) müsse im Amt bleiben, denn ein Regierungswechsel würde den Untergang des Landes bedeuten. Das Volk würde eine Spartakusregierung keine 24 Stunden ertragen. Die neuen schweren Waffenstillstandsbedingungen werden Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zur

schäft sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, anderen Glaubensgemeinschaften kann dieses Recht durch Gesetz zugesprochen werden. Für die Ansprüche der Kirchen an das in Staatshänden befindliche Kirchengelb wird eine durch Gesetz festzusetzende Geldrente gewährt. Das Schulwesen untersteht nur der Aufsicht des Staats.

Der Landtag besteht nur aus einer Kammer. Auf je 25 000 Landeseinwohner entfällt 1 Abgeordneter, im ganzen würde der Landtag künftighin demnach etwa 100 Abgeordnete zählen. Die Landtagsperiode dauert 3 Jahre, der Landtag kann aber jederzeit durch Volksabstimmung aufgelöst werden, die auf Beschluß des Staatsministeriums oder auf Verlangen von ein Fünftel der Stimmberechtigten stattzufinden hat. Mindestens einmal im Jahr muß der Landtag zusammenzutreten.

Das Staatsministerium wie auch der Landtag kann ein beschlossenes Gesetz der Volksabstimmung unterwerfen, die auch stattfinden muß, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten sie begehrt oder die gleiche Zahl die Vorlage eines Gesetzes fordert.

Der jeweilige Ministerpräsident wird mit der Würde eines Staatspräsidenten ausgestattet und vom Landtag gewählt. Er bildet sich sein Ministerium, da. des Vertrauens des Landtages bedarf. Der Landtag kann das Gesamtministerium abberufen oder auch einzelne Minister entlassen. Die Minister erhalten als solche keine Pension.

Den Ministerien werden Beiräte angegliedert, die aus Vertretern der Ministerien, des Landtags und der Berufsstände bestehen. Die Etatperiode ist eine einjährige.

(-) **Stuttgart, 17. Jan. (Soldatenrat.)** Gestern mittag fand eine Versammlung der Stuttgarter Soldatenräte statt, in der Kamerad Bissinger über die Vorgänge der letzten Woche berichtete. Er führte u. a. aus: In Spartakistenversammlungen ist hin und wieder erklärt worden, sie wollten diesmal ganze Arbeit machen und wenn man bis an die Knie im Blut waten mußte. In der Gahrerstraße wurde ein Leutnant von den Spartakisten festgehalten und einem selbigen Studenten, der als Sanitäter dem sterbenden Offizier Hilfe leisten wollte, wurde buchstäblich ein Arm vom Leibe gerissen. Die Spartakisten haben durchgesetzt, daß in die Kommission, die darüber zu entscheiden hat, wenn die Sicherheitskompanie eingegriffen hat, ihre Genossen Schreiner und Unfried aufgenommen werden mußten. Schreiner stellte dann auch bei der Regierung den Antrag, den Spartakisten 1000 Gewehre und Munition auszufolgen. Zu einer Entschärfung billigen die Soldatenräte das Vorgehen gegen die Spartakisten und versprechen ihre Beihilfe zur Sicherung der Ordnung in den Wahlen zur Nationalversammlung. — Die Landesversammlung der württ. Soldatenräte findet am 21. Januar im Siegelhaus hier statt.

(-) **St. Urn, 17. Jan. (Verurteilung.)** Seminarlehrer Gahmann hier ist dem Vernehmen nach als Hilfsarbeiter in den Evang. Oberschulrat berufen worden.

(-) **Münchingen, 17. Jan. (Selbstmord.)** G. Thoma, Inhaber des Hardthotels, hat sich erschossen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Stürme nehmen weiter zu. Auch am Sonntag und Montag ist nachkaltes Wetter zu erwarten.

— **Actus Freilassung der Kriegsgefangenen.** Die Nachricht des Württ. Kriegsministeriums über die von den Alliierten geplante Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen wird von der Pariser Presse als nicht zutreffend bezeichnet. Die Freilassung der Kriegsgefangenen rufe den Waffenstillstandsbedingungen Wider und sei von den Alliierten nicht erwogen worden.

Die Einberufung der württ. Landesversammlung. Wie aus Regierungskreisen bekannt wird, ist beabsichtigt, die Landesversammlung unmittelbar nach der Wahl einzuberufen. Der Wahlkommissar wird die Urkunden über die erfolgte Wahl für die neuen Abgeordneten ihren Parteibüros zustellen, die es übernommen haben, den zum größten Teil auf Agitation auswärtig befindlichen Gewählten die Urkunden als raschestem Wege zu übermitteln.

geordneten ihren Parteibüros zustellen, die es übernommen haben, den zum größten Teil auf Agitation auswärtig befindlichen Gewählten die Urkunden als raschestem Wege zu übermitteln.

— **Gefälchtter Zinschein.** Von einem unbekanntem Mann wurde beim Postamt 1 in Stuttgart ein Zinschein der 5 procentigen Reichsanleihe von 1916, der von 25 auf 125 abgeändert war, in Zahlung gegeben. Der Rotdruck des Scheins war mit brauner Farbe übermalt. Vor Annahme weiterer Fälschungen sei gewarnt.

— **Schwäb. Altveterin.** Der Schwäb. Altveterin hatte im letzten Kriegsjahr trotz aller Mühe einen Zugang von 626 neuen Mitgliedern. Der Stand am Schluß des Jahres 1917 betrug mit Einfluß der Einberufenen rund 37 000 Mitglieder.

— **Tanzunterhaltungen.** Ueber die Dauer des Kriegs hatte das Ministerium des Innern für Württemberg die Abhaltung öffentlicher Tanzunterhaltungen verboten. Dieses Verbot ist nun aufgehoben worden.

— **Ueberangebot von Schlachtvieh.** Trotz der wiederholten Warnung durch die bayerische Fleischverjorgungsstelle hält die Abstoßung von Vieh an. Die Folge wird ein Mangel an Schlachtvieh im Frühjahr, in, wo wegen Mangels an Brot und Kartoffel der Bedarf an Schlachtvieh größer ist. Die Fleischverjorgungsstelle warnt nochmals vor der Abschichtung von Vieh und droht, wenn auch diese Mahnung nichts hilft, die Viehweide herabzusetzen.

Für die, unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

— **Einiges an.** Männer und Frauen des deutschen Bürgertums! Zur morgigen Wahl zur Nationalversammlung bitten wir ebenso zahlreich und tatkräftig für die Deutsche demokratische Partei einzutreten; wie am vergangenen Sonntag; auch die säumigen Wähler vom letzten Sonntag rufen wir zur Wahlpflicht erfüllung auf. Treter besonders auch Ihr Frauen für die Deutsche demokratische Partei ein, denn sonst wird nicht eine einzige Frau vom Bürgertum in den Reichstag einziehen.

Die sogenannte Bürgerpartei hat ihren Wahlsitzel schon so aufgestellt, daß es von vornherein als ausgeschlossen erscheint, daß bei der Bürgerpartei eine Frau Aussicht haben kann gewählt zu werden. So meint es die Bürgerpartei mit den Frauen. Darum ihr Frauen vom deutschen Bürgertum! Wollt ihr eine Frauenversammlung haben und erreichen, so könnt ihr nur für die Deutsche demokratische Partei werben und tatkräftig eintreten.

Bei den Deutsch demokratischen Parteizettel lauten die 5 ersten Namen: Payer Friedrich, Haushmann Conrad, Wieland Philipp, Hermann Karl, Bland Mathilde, Schriftstellerin in Korntal.

Also frisch und mutig auf zur Wahl für die Deutsche demokratische Partei! Gebt den Wahlsitzel zahlreich und unverändert ab und bringt die gelbe Postkarte vom letzten Sonntag wieder mit zur Erleichterung des Wahlgeschäfts.

— **Einiges an.** Ihr Beamten und Beamtinnen, Unterbeamten, Arbeiter und Arbeiterinnen habt ihr den Redner der demokratischen Partei Hr. Joh. Fischer bei der in der Turnhalle stattgefundenen Versammlung etwas näher angesehen, er war es, welcher an der Weihnachtsteuerungszulage kritisierte, nachdem die Staatsregierung, auch der volksparteiliche Finanzminister Dieckhoff die Notwendigkeit zur Gewährung dieser Steuerungsulage, infolge der unerhörten Teuerung anerkannt haben, sollen jedoch laut Veröffentlichung im Stuttgarter Neuen Tagblatt, die Beamten und Angestellten usw. plötzlich am Abbau solcher Steuerungsulagen sich beteiligen, obwohl die Teuerung für die gesamte Lebensunterhaltung durchaus keinen Abbau zeigt. Es ist sehr erfreulich, daß Hr. Fischer und damit seine demokratische Partei ihr wahres Gesicht den Beamten und Angestellten gezeigt haben. Dieselben werden den nötigen Schluß bei der Nationalwahl zu ziehen wissen. (Siehe auch Nr. 1 Beilage z. schwäbischen Tagwacht am 2. Jan. 1919. „Auch ein Beispiel.“)

Versammlung der württ. Bürger-Partei.

Diesmal hatte die Ortsgruppe der hiesigen Bürgerpartei bei der Wahl ihres Redners mehr Glück als das letztmal. Herr Professor Weitbrecht aus Stuttgart, ein vielgeleiteter Gelehrter, sprach klar, ruhig und ohne Gehässigkeit. Einleitend erzählte er, wie und warum er als früheres Mitglied der nationalliberalen Partei nicht nach links zur Demokratie sondern nach rechts zur Bürgerpartei abgewandert sei. Schuld daran seien einerseits die demokratischen Blätter, wie z. B. die Frankfurter Zeitung, deren Tendenz ihm zuwider, andererseits manche Führer der demokratischen Partei, welche zum Teil doch zu weit nach links gekommen seien. Nachdem er noch den alten Erbfehler der deutschen, alle Schuld bei sich und dem deutschen Volke zu suchen, getadelt und gezeigt hatte, wie Engländer und Franzosen immer nur das Wohl ihres Vaterlandes vorenanzustellen, teilte er ihn packenden, ernsten Worten das Programm der Bürgerpartei mit. Was will die Bürgerpartei? Sie will unser Volk erziehen zum Selbstbewußtsein, sie will die Reichseinheit unbedingt erhalten. Die Deutsch-Osterreicher sollen auch ins Deutsche Reich aufgenommen werden. Gegen die Polen sollen alle Machtmittel, die uns noch zur Verfügung stehen, angewendet werden. Auch gegen die Feinde unseres Vaterlandes, die es im Innern gefährden, soll energisch und unerbittlich vorgegangen werden. Dann verlangt die Partei Schutz unserer Auslandsdeutschen, baldigen Friedensschluß und daß die Regierung mit allen Mitteln dahin wirken, daß unsere Kriegsgefangene bald zurückkehren dürfen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verlangte der Redner äußerste Sparsamkeit; denn ein Volk das wie das unsere so am Boden liegt, muß sparen; aus dem gleichen Grunde können wir auch den 8 Stundentag nicht einführen, so gerne man den Arbeitern 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Eisholung und 8 Stunden Schlaf gönnen würde. Begrüßen würde es der Redner, wenn wir Reichseisenbahnen bekommen würden. Gegen die Sozialisierung und Kommunizierang aller Betriebe ist Herr Weitbrecht und mit Recht. Dann wünscht er für die Zukunft eine bessere Auslandspolitik. Einige Erwiederungen von den Herren Fröhlich und Schlütter wies er sachlich und mit Ruhe zurück. Die Versammlung verlief verhältnismäßig ruhig, besonders als die am Anfang störenden und oft unangebrachten Zwischenrufe allmählich aufhörten. Allgemeines Erlaunen und große Entrüstung rief eine Erklärung hervor, die ein Soldat aus dem Kathrinensitz voras, in welcher sich die Injasen des Kathrinensitzes dagegen verwahren, daß die 14 Stimmen, die in Wildbad für die unabhängigen Sozialdemokraten abgegeben wurden, von ihnen stammten. Eine solche Beschuldigung tapferer Krieger, die man nicht kennt, ist eine Gemeinheit. Der Ersinder der böswilligen Verleumdung ist nach der Erklärung der Hauptlehrer Jenisch, der bei Feststellung der Urbeherchaft sich durch Freigebigkeit und Gemeinheit auszeichnete. Für einen Beamten, der in öffentlicher Stellung ist, ist natürlich ein solches Gebahren besonders niederträchtig und verwerflich. X.

Infolge Zurückstellung einiger größerer Inserate erscheint die nächste Nummer morgen früh 8 Uhr.

Der heutigen Gesamtausgabe unseres Blattes liegt ein Flugblatt der Deutsch demokratischen Partei bei.

— **Evng. Gottesdienst.** 2 Sonntag, nach Erscheinung, Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Adler. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst nachm. 1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Kempis. Abends 7 1/2 Uhr Bibelfunde Stadtpfarrer Kempis.

— **Kath. Gottesdienst.** Sonntag den 19. Januar 10 Uhr Amt mit Kurzpredigt 1/2, 2 Uhr Christenl. u. Andacht. An den Werktagen 7 1/2, Uhr hl. Messe. Freitag Abend 8 1/2, Uhr Betstunde. Veicht: Samstag von 4 Uhr an. Komunion Sonntag um 6 1/2 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Erklärung.

Anlaßlich der Verwahrung, die ein Soldat im Auftrag der hiesigen Lazarettinsassen in der Versammlung der Bürgerpartei am 16. ds. Monats gegen Äußerungen des Hauptlehrer Jenisch einlegte, um dessen Verhalten zu brandmarken (siehe Versammlungsbericht d. Red.) erklären die Unterzeichneten, daß sie in dieser Angelegenheit, wie in allem übrigen Tun und Treiben des Herrn Jenisch nichts mit diesem gemein haben und hiemit auch in der Öffentlichkeit weit von ihm abrücken.

Die gesamte Lehrerschaft Wildbads der Realschule, ev. und kath. Volksschule.

Friedensfreunde!

Unterstützt nicht zweifelhafte Abspaltungsversuche, die nur Wasser auf die Mühle eurer Gegner leiten! Eure Bestrebungen können nicht besser in der Deutschen Nationalversammlung vertreten sein, als durch

Fräulein Mathilde Bland,

die seit langen Jahren schon in der Arbeit für die Gedanken der Völkerverjöhnung und des Völkerfriedens gestanden hat.

Sebet daher eure Stimme am 19. Januar der Deutschen demokratischen Partei, welche diese Vorkämpferin eurer Ideen an aussichtsreicher (stünger) Stelle in ihren Wahllooschlag aufgenommen hat.

Auslandsdeutsche!

Männer und Frauen!

übt euer Wahlrecht zur Nationalversammlung am kommenden Sonntag aus.

Stimmt alle für die Deutsche demokratische Partei! In ihren Reihen allein ist unser Platz. Sie allein wird in der Lage sein, als große bürgerliche Partei unser Interesse kraftvoll zu vertreten.

Wir stimmen gegen die Sozialdemokratie, weil sie eine Klassepartei ist und wir stimmen gegen die Bürgerpartei, weil sie alle die reaktionären Elemente in sich vereinigt, die uns ins Unglück gestürzt haben.

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Ordnung und Freiheit. Nur wenn in die Nationalversammlung eine kräftige

demokratische Partei des Bürgertums einzieht, wird der Deutsche im Ausland wieder zu seinem Recht und seiner Stellung kommen.

Drum werbt und stimmt für die

Deutsche demokratische Partei!

Mehrere Auslandsdeutsche.

Photohans für Liebhaber-Photographie! Photo-Apparate Photo-Platten Photo-Films Photo-Filmpacks Photo-Papiere Photo-Chemikalien Photo-Hilfsbücher usw. zu Original-Fabrikpreisen. Entwickeln und Copieren von Films und Platten durch fachmännische Hand in bester Ausführung.

C. Schmid und Sohn,

Damen- u. Herrenfriseur, Parfümerie Sportgeschäft, Photo-Handlung, neben Hotel Deutscher Hof.

Frauen-Versammlung

am Samstag, den 18. Januar 1919 abends 8 Uhr in der Turnhalle.

Rednerin: Frau Gbni Stuttgart.

Thema: Die morgige Wahl zur Nationalversammlung.

Zu zahlreichem Besuch wird höflichst eingeladen.

Deutsche demokratische Partei.

Bauern aufgepaßt!

Die Sozialdemokratie und Demokratie rechnet auf Euer schlechtes Gedächtnis.
Wer hat

die Zwangswirtschaft
die Zwangsverfassung

unterstützt? Das war die Demokratie und die Sozialdemokratie. Wer hat die Riesengewinne aus den

Kriegsgesellschaften

eingeholmt? Die Großkapitalisten, die die demokratischen Führer Rathenau, Stern usw. in die Aufsichtsräte der Kriegsgesellschaften geschickt haben. Wer ist verantwortlich für die

verfehlten Maßregeln

der Reichsregierung

im letzten Jahr? Die Kandidaten der Demokratie Payer, Haubmann, Liesching. Wer will jetzt die

Viehpreise herabdrücken

die aber keine Herabsetzung der Fleischpreise bedeuten? Das demokratische „Neue Tagblatt“. Wer ist von jeher

gegen alle diese Mißstände

aufgetreten? Das waren die Vertreter des Bauernbundes. In der

Nationalversammlung

werden alle diese den Bauernstand berührenden Fragen entschieden. Deshalb gebt am 19. Januar Eure Stimme den Kandidaten der

Württembergischen Bürgerpartei

und des

Württembergischen
Bauern- und Weingärtnerbundes.

Viele Bauern.

Bekanntmachung.

Zufolge Runderlasses des Reichsversicherungsamts Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vom 3. Dezember 1918 sollen Empfänger einer Altersrente für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 eine monatliche, im Voraus zahlbare Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente erhalten.

Die im hiesigen Gemeindebezirk sich befindlichen Altersrentner erhalten die Quittungen zur Erhebung der Zulage bei der unterzeichneten Behörde-Vergabebureau.

Wilddad den 17. Januar 1919.

Ortsbehörde für Arbeiterversicherung Wilddad,
Edelmann.

Die Familienunterstützungen

für die Parzellen Sprollenhäuser, Sprollmühle, Christophs Hof, Kälbermühle, Rohlhäuser und Nonnenhof kommen am Montag den 21. Januar 1919

vorm. 10-12 Uhr

bei Polizeidiener Härtel in Sprollenhäuser zur Auszahlung.
Wilddad, 18. Januar 1919. Stadt-Arzt.

An den Fränger

mit der Bürgerpartei!

Der „Fränkische Grenzboten“ in Crailsheim veröffentlicht folgende Erklärung:

Im Congrès sagte der Schriftleiter r des Staatsanwärters und zugleich Vorsitzende der Württembergischen Bürgerpartei, Dr. Reishwänger, daß der Demokratie mit ihrer kirchenfreundlichen Stellung in der Frage der Trennung von Kirche und Staat nicht zu trauen sei, weil der demokratische Führer Conrad Haubmann kein Verständnis für kirchliche Fragen habe, denn er habe seine Kinder nicht taufen lassen.

Diese Behauptung des Dr. Reishwänger ist eine Lüge, denn die Kinder des Conrad Haubmann sind getauft und konfirmiert.

Dieselbe unwahre Heze hat die Partei der Bürgertugenden durch private Ausstreunungen und öffentlich im Herrenberger Amtsblatt getrieben, um durch diese Verleumdungen ihre Stimmenziffer zu erhöhen.

Die Frau wird diesem Treiben dadurch aufgesetzt, daß ein antihemitischer Staatsanwalt, ein Dr. Schmid von Stuttgart, in einer Wählerversammlung zu Gchingen dieselbe Unwahrheit verbreitete, und, darüber sofort zur Rede gestellt, beständig stammelte: Die Bürgerpartei in Stuttgart habe ihm aufgetragen, nach Gchingen zu fahren und die Verdächtigung dort zu verbreiten. Der Redner der dieses falsche Spiel geistelte, fand den stürmischen Beifall der Versammlung.

Die Bürgerpartei ist also ertappt, einen Lügenstich inszeniert zu haben. Sie steht schamrot am Pranger der politischen Unehelichkeit.

Geschäfts Empfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft Wilddads und Umgebung, zur gefl. Mitteilung, daß ich in meinem elterlichem Hause Kathauweg 64 meine

Glaserei

wieder eröffnet habe und bitte ich um Anwendung alle in meinem Fach einschlagenden Arbeiten.

Hochachtung

Germann Gisele

Glasler

Schirme, Spazier- und Bergstöcke

aparte Neuheiten, niedere Preise

bei

Chr. Schmid u. Sohn
uur König-Karistr. 68,
neben Hotel Deutscher Hof.

Neuer Koch-Herd

Im lang mit Emailschiff Rauchloch links.

Größere und kleine

Sohlen Ofen

1 gebt. Reg. Kochofen und neue Waschkessel-Gestelle verkauft

Fr. Krauß Schlossermeister

Einen

Hudkaken

sowie einen

Sportwagen

hat billig zu verkaufen.

Germann Fuhr.

Damen-Mädchen-Bekleidung
C. Berner
Eise Metzger
Sporheim, 4. Bismarckstr.
Mantel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Hülsen
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Unterröcke

Hotel gold. Lamm

Morgen Sonntag vormittag

warmen Zwiebelknöden.

Holstin-
Späne

Chemische Reinigung im Haus.
Besser wie Gallseife!

empfehl
Carl Wilh. Gott.

Zentrumswähler

Zentrumswählerinnen

Dank energer wackerer Haltung habt ihr einen namhaften Erfolg in Bezirk und Land erzielt. Die Zentrumswähler in den Oberämtern, die weniger als 1000 Zentrumstimmen aufbrachten, haben zusammengerechnet der Partei doch ein Mandat verschafft. Keine Stimme ist also wertlos. Nun gilt es nochmals! Durch die Einbeziehung Hohenzollerns, das mit Württemberg einen Wahlkreis bildet, kann das Zentrum fünf Sitze für die deutsche Nationalversammlung gewinnen. Bleibet darum der Partei am 19. Januar treu. Gewinnet Außenstehende, Schwankende, Unentschiedene! Auf zur Wahl.

**Tretet ein für das Zentrum,
die wahre christliche Volkspartei**

der richtige Zettel ist: Stimuzettel für den Wahlvorschlag der Württembergischen und Hohenzollernschen Zentrumspartei mit den Namen: Gröber, Erzberger usw.

Zentrumspartei.

Aufruf!

Das Leben eines deutschen Staatsbürgers ist gefährdet durch die schamlose Forderung unserer Gegner, daß der in Amerongen internierte Wilhelm II. ausgeliefert werden soll! Die Ausführung dieser Absicht würde für Deutschlands Ehre eine neue, auf das tiefste demütigende Beleidigung bedeuten. Zur Verhütung der Auslieferung soll sich ein **Wiesensbund** gestalten aus deutschen Männern und Frauen, die gewillt sind, dem deutschen Volke diese unendliche Schmach zu ersparen.

Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!

Der zu bildende Bund betont **andrücklich** und verwahrt sich von vornherein gegen die Unterschlebung anderer Absichten, daß es ihm fern liegt, durch irgend welche Bestrebungen die früheren Regierungsverhältnisse wieder einführen zu wollen, daß vielmehr der obige Zweck sein einziges Ziel darstellt.

Die früheren Diplomaten und sonstigen Ratgeber des Kaisers sollen durch den Bund veranlaßt werden, ihre Kenntnisse der Sachlage zwecks Verwendung als Zeitungartikel unumwunden zur Verfügung zu stellen. Der Bund ist davon überzeugt, daß es durch das Zusammenfassen dieser Artikel zu einem Weißbuche leicht gelingen wird, die Unschuld Wilhelms II. an dem Ausbruch des Krieges vollkommen nachzuweisen und der Welt klar vor Augen zu führen, daß die Wahrheit durch die Entente betraut verüschelt worden ist, daß selbst im deutschen Volke — Gott sei's geklagt — Zweifler entstehen konnten.

Allein schon dadurch, daß **Millionenscharen deutscher Männer und Frauen** durch ihren Beitritt in den Bund diese Ueberzeugung offenherzig bekunden und scharfen Einspruch gegen die Auslieferung erheben, wird die holländische Regierung in dem Vorjag bestärkt werden, den richtigen Standpunkt des Völkerrechts unerschrocken zu vertreten. Die Folge davon wird sein, daß die Entente es dem kleinen Holland hoch anrechnen wird, wenn es seinen **Sahnbefehlen** den so unendlich schwer geprüften ehemaligen deutschen Kaiser nicht schenke im Stich läßt.

Wer nicht mitschuldig werden will an einem Verbrechen, das verhindert werden kann, wenn wir nicht **Gleichgültigkeit** an den Tag legen, der trete frei und offen unserem Bunde bei.

Bunddeutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelm II.

Indem ich diesen Aufruf von Männern und Frauen Nord- und Süddeutschlands veröffentliche, erkläre ich meinen Anschluß an den Bund und bitte um zahlreiche Zustimmung- und Beitrittserklärungen an mich aus allen Ständen des Bezirks.

Fr. Keppler, Sägewerksbesitzer, Calmbach.

Mündner-Bier

im Ausschank

Wegel Rennbachbrauerei.

An die schwäbischen Weingärtner u. Bauern!

Die Wahlen zur Landesversammlung liegen hinter uns. Mit vier verschiedenenzetteln ist die konservative Partei vor die Bevölkerung getreten, um durch das Aufwachen rein beruflicher und örtlicher Interessen Agitationserfolge zu erringen. Es ist ihr mißlungen; viele Tausende in Stadt und Land haben ihr den Rücken gekehrt, weil sie wissen, daß in der Hauptsache die konservative Politik Deutschlands in die Satzung geführt hat, daß das Groberwerbungsgeheiß ihrer Presse uns den Weg zu einem blutigen Frieden vertramelt hat.

Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung haben die Parteien der Rechten darauf verzichtet, den Vorposten von besonderen Weingärtnerzetteln zu wählen; sie haben an der Spitze ihrer Liste Rechtsanwalt Kraut und Oekonomierat Vogt, beide Mitglieder der konservativen Partei, bezw. Fraktion, gestellt. Diese zwei Herren, die beidesfalls von dieser Liste gewählt werden können in der deutschen Nationalversammlung **keine eigene Gruppe** bilden. Wohin werden sie also gehen? Dabin, woher sie kamen, denn sie haben gar keine andere Wahl, d. h. zu den Konservativen, die nach wie vor unter preussischer Führung stehen werden.

Wiegt das im Sinne der württembergischen Weingärtner und Bauern?

Keineswegs!

Sie wollen ihre Vertrauensleute nicht in einer Arbeitsgemeinschaft mit den Männern wissen, deren **Barbarische und völkerverhättnisvolle Verweigerung des gleichen Wahlrechts** an das preussische Volk, direkt der Revolution vorgeworfen hat. Mit dem hehren, vonden konservativen Einfluß im neuen Deutschland ist es endgültig vorbei, und die denkenden und selbstbewußten Landwirte Württemberg sind sich zu gut, um als Stimmvieh für eine verlorene Sache zu dienen.

Von Herrn Kraut ist nie bekannt worden, daß er sich mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat. Herr Vogt aber haben die Bauern und Weingärtner des Frankenslandes eine Absage erteilt, wie sie nicht schärfer gedacht werden kann. Seit er eine unerschleutete konservative Politik befolgt, haben seine früheren Anhänger sich von ihm abgewandt, denn sie sind im Grunde ihrer Seele Demokraten geblieben, wie die Väter waren, und wollen es bleiben.

Die schwäbischen, fränkischen Bauern und Weingärtner, die wollen, daß ihre Stimmen nicht verloren gehen, sondern helfen, die große bürgerliche freiheitliche Partei und Politik des deutschen Vaterlandes aufzubauen: die wählen am 19. Januar mit ihren Frauen, Töchtern, Schwestern die **Deutsche demokratische Partei**; deren Wahlzettel wird eingeleitet von Männern, die durch ihre Arbeit für das Vaterland mit allen Deutschen verbunden sind, **Bauer und Bauhmann.**

Die Bauern finden ihren Vertrauensmann in

Hugo Herrmann-Blaufelden

er ist durch seine Tüchtigkeit und Umsicht und seine ausgezeichneten Charaktereigenschaften in wenigen Jahren zu einem Führer der fränkischen Landwirte geworden.

Die Weingärtner sehen ihren Anwalt in

Dr. Theodor Heuß

der ein gründliches Buch geschrieben hat über die Geschichte und Lage des Weibronner Weinbaues, dessen Bedeutung die politischen Gegner selber anerkennen mußten.

Nicht der konservative, sondern der demokratische Wahlvorschlag ist der richtige Bauernzettel. Auch die sozialdemokratische Liste wird der Bauer ablehnen. Sie ist ganz einseitig auf die Interessen der industriellen Bevölkerung aufgebaut. Wenn leicht in rein ländlichen Bezirken die sozialistischen Stimmen gewachsen sind, so ist das der Ausdruck der Verärgerung und Verstimmung. **Kraut** ist aber ein schlechter Führer für die Politik. Die Sozialdemokratie betreibt jetzt die Gewohnheit, den bürgerlichen Parteien die Schuld am Krieg aufzuladen und sich das „Verdienst“ an seinem Abschluß anzuschreiben. Das ist **Verleumdung**, denn die Bemühungen um einen billigen Abschluß des Friedens waren bei den Parteien der alten Parlamentsmehrheit gemeinsam. Wirtschaftlich aber haben die Landwirte auf die Dauer von der Sozialdemokratie nicht das Geringste zu erwarten. Innerhalb der Parteien streiten sich die Leute herum, ob dem Großgrundbesitz, ob dem Kleinbesitz die Zukunft gebore, und sind sich darum nicht einig; jetzt hat die Sozialdemokratie sich dazu bekannt, mit für die Ausführung der **Arbeitskommission** einzutreten, eine uralte bürgerliche demokratische Forderung! Da aber die Sozialdemokratie ihr Schwergewicht bei der industriellen Arbeiterschaft besitzt, ist sie nicht in der Lage, unbefangene sich auch der gerechten Forderungen der Produzenten anzunehmen.

Weingärtner und Bauern! Stellt beim Wiederaufbau des Vaterlandes, indem ihr für die **Wortel der bürgerlichen Freiheit** und des wirtschaftlichen Interessenausgleichs eintrittet. Das neue Deutschland soll nicht konservativ, soll nicht sozialistisch sein, sondern

ehrlich demokratisch

eingesendet werden!

An die Einwohnerschaft Wildbads

Alle diejenigen, welche noch im Besitze militärischer Eigentums, wie Waffen, Handgranaten, Ausrüstungsgegenstände aller Art, Fahrzeuge, Pferde usw. sind, werden hiemit aufgefordert, dasselbe unerschützt auf dem Rathaus hier abzuliefern.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das Tragen von Waffen außerhalb des Dienstes verboten ist.
Der Soldatenrat Wildbad.

Breitwiler's Unterbadischer

Kraut-Weiß-Wein

mit Süßstoff

gibt ein alkoholfreies Hausgetränk mit ähnlichem Geschmack wie Roséwein zu haben bei

Carl Wilh. Gott.